

für Südtirol

der wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Wollwacht: Die "Wollwacht"-erscheint wöchentlich 6 mal und ist
ausgespielt: durch die Haupt-Expedition; Klubzähle 4/6, durch die
Abteilung der "Wollwacht", Neue Graupenstraße Nr. 5, durch die Zweig-
abteilung des "Wollwacht" Reichelt Matthiasstraße 140, sowie durch alle Aus-
zigarettengeschäfte Reichelt. Bezugspreis im vorans zu entrichten wöchentlich
zu bezahlen. — Bezugspreis im vorans zu entrichten wöchentlich
Goldmark, monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post wird ins Haus
2,05 Goldmark.

Organ für die werftförmige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle Ring 1206. Redaktion Ring 3141.
Postfach-Ronko: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schriften 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Teg 70 Pf. Dienstangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Gattungs- und Vereinsvergammungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das halbe Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Konfere Oppofitions-Methode.

Falsche und richtige Mittel Kampf gegen das Steuerunrecht.

Bon Wilhelm Reil.

Der Steuerkampf im Reichstag, der nun
e Woche dauert, hat sich von Tag zu Tag ver-
stärkt. Am Sonnabend haben sich die Gemüter bis
zum Siegedgrad erhitzt. Die plumpen Kampfesfakten
im Kommissionisten hat zu den traurigsten Szenen
geführt, die in der Geschichte des Deutschen Reichstages
zeichnen sind. Selbst der erste und bisher einzige Fall,
dem drei Kommunisten wegen Entfesselung einer
Auselei mit Kriminalpolizei aus dem Sitzungssaal ent-
flohen wurden, bleibt in seiner Widerlichkeit weit zurück
vor dem ekelhaften Schauspiel, das der Reichstag am
Sonnabend bot, als Schupubeamte im Saale erschienen.
Wie die Kommunisten und Rechtsradikalen, das
sich verfolgt, das Ansehen des Parlaments mit allen
Mitteln zu untergraben, der wird seine helle Freude an
den Vorgängen haben. Der politisch geschulte deutsche
Reiter aber, der weiß, welche Bedeutung dem

Kais erlicher Flügeladjutant steht, daß der ehemalige Preußenkronprinz und der ehemalige Sachsenkönig sich um die Mitgliedschaft bei dieser Gesellschaft, die durch ihr Statut Juden ausdrücklich ausschließt, bewerbe. Sagen wir den Steuerzählern, und zwar auch den Handwerkern, Kaufleuten, Kleinbauern, daß sie um so viel mehr Steuern zahlen müssen, als die Riesenbetriebe dem Staate gefehldrig vorenthalten. Erzählen wir ihnen, daß der nur stichprobenartig durchgeführte Buchprüfungsdienst schon viele tausende von Fällen schwerer Steuererbrechen ermittelt hat. Weisen wir darauf hin, daß die Ablehnung der Offenlegung der Steuerlisten durch die Rechtsregierung auf den Schuh der Steuerhinterzieher hinausläuft. Machen wir die kleinen Steuerzähler in Stadt und Land auch darauf aufmerksam, wie die augenblickliche Rechtsherrschaft in dem geschlagenen Deutschland den Großbesitz bis weit unter das Maß entlastet, das von ihm in den Siegerstaaten getragen werden muß, daß sie dagegen die Belastung der breiten Massen bis auf ein Übermaß steigert.

Zu dieser Art des Kampfes und der Propaganda haben wir umso mehr Anlaß, als die bürgerliche Presse, die sich so eifrig an dem Barmstichwindel beteiligt hat, systematisch all diese Tatsachen verdeckt.

Eine überflüssige Radaußenseite.

Aus dem Sekretariat der Reichstagsfraktion
wird uns zufrieden:

Es handelt sich um die Schaffung eines neuen

Es handelt sich um die Schaffung eines neuen Steuersystems. Zehn umfangreiche Steuergesetze stehen zur Beratung. Es würden ihrer an die zwanzig sein, um nicht in mehreren dieser Vorlagen die verschiedensten Materien zusammengefaßt wären. Selbstständlich könnte die Sozialdemokratie ihre Hand nicht dazu bieten, dieses soße Steuerbukett in wenigen Stunden einzuhauen, wie es die Rechte wünschte, obgleich ihre Vertreter bei der intensiven und eiligen Arbeit im Ausschuß das Menschenmögliche an sachlicher Kritik und Verbesserungsvorschlägen geleistet hatten, so bei der Regierungsmehrheit die gebührende Beachtigung zu finden, stellte die Fraktion auch für die Plenarberatung nicht zur Farce werden lassen, steht es nicht an jedem kleinen und kleinsten Punkt

geht es nicht an, jeden kleinen und kleinsten Punkt, im Ausschuss durchgesprochen wurde, zum Gegenstand einer ausgedehnten Aktion im Plenum zu machen. Zur Verhinderung einer Durchpeitschung ist das auch nicht thörs nötig. Die j a c h t u n d i g e A u f s t o l u n g i w i r k l i c h w i c h t i g e n u n d g r u n d s ä k l i c h d e u t s a m e n F r a g e n bietet reichlich Gelegenheit Beflechtung der sozialen Tragweite der Gesetzesne, zumal die Zahl dieser Fragen in dem weiten Gebiet der zehn Vorlagen nicht klein ist. So hat es die Sozialdemokratie gehalten; und wenn in diesem Verfahren die zweite Lesung von zehn Ge- en neun bis zehn Sitzungen von je neun- bis zehn- stiger Dauer ausfüllt, so kann ihr niemand den Vor- tritt der Öffentlichkeit machen. Wenn demgegenüber die Kommunisten eine offensichtlich nur auf den Zeit- brauch abgestellte völkernde Taktik verfolgen, so mag

Wozu mit unsäglichem Geschimpfe arbeiten, wenn es Arsenal, der tatsächlichen Tatsachen so ehrgeizig groß ist! Würkt es nicht ganz anders, wenn die nächste Tagesache anführt, daß ein schwerwichtiges Unternehmen, wie die Bergwerksgesellschaft des Erben, nur mit einem Sieben teil ihres Riesenvermögens ~~am Steuer herumläuft~~ ist, als wenn man fort geht „Steuerräuber, Schieber, Raffte u. dergl.“ in den Schreit? Sorgen wir dafür, daß die christlichen Tugenden den unausgeklärten Volksmassen zu Anteil kommen. Sagen wir ihnen, daß an der Spitze Gießhübel-Kesselsdorf ein ehemaliger

Zollwücher und Flächenliebe.

Was der Christ von den heutigen Parteien wissen muß. Von Toni Pülf, M. d. R.

Der protestantische Pastor Mümm, Mitglied der deutschnationalen Tradition des Reichstages, hat in dem Wahlkämpfen des Jahres 1924 eine kleine Flugschrift im 104 000 Exemplaren verteilen lassen, deren Titel „Was der Christ von den heutigen Parteien wissen muß“ lautete. Diese Broschüre sollte die christlich Denkenden im deutschen Volk für die Deutsch-nationale Partei oder wenigstens für eine der „christlichen“ Parteien gewinnen.

Wir machen uns die Worte Mumanns zu eigen: möglicherweise der religiöse Mensch einmal im Reichstag in Berlin umsehen und nach dem „lebendigen Christentum“ suchen, von dem Herr Pastor Mumm in seiner kleinen Schrift erzählt.

Freilich, es flingt merkwürdig resigniert auf bei ihm: „Wir wissen es wohl, daß ein Volk als solches niemals in seiner Gesamtheit ein bewußt christliches werden kann. Dazu haben wir keine Verheizung in der Schrift, „es wird immer nur Christen innerhalb der Völker geben“.

Parteien zutreffen? Das wird zu unterscheiden sein, und dann das andere, wieviel aufrichtige Christen stehen innerhalb dieser Parteien im politischen Kampf um christliche Lebensgestaltung? Die letzten Monate waren ein Ringen um die Gerechtigkeit. Drei große Gesetzgebungsverfahren hatte dieser Reichstag zu besetzen.

Wirtschaftsfragen — gewöhnt. Aber ihre Lehre hängt doch aufs engste zusammen mit der politischen Grundideeinstellung der Prediger.

Nun war das Aufwertungsgesetz ein Höhepunkt des Rechts von Tausenden von Kleinrentnern und Sparern. Die ehrlichen Altbesitzer bekommen für tausend Mark ein neues Papier im Werte von 50 Mark in die Hand gedrückt, das ist ein Zwanzigstel ihres Besitzes. Aber die Spekulanten, die Kriegsanleihen von tausend Mark in der Inflationszeit zusammengekauft haben, in Goldwert von 2, 3 und 4 Goldpfennigen, bekommen 25 Mark, das ist das 620fache ihres Besitzes — die christliche Regierung und die Parteien, die sie tragen, lassen die armen Spekulanten nicht versinken. Die anderen, die Dummen, die Ehrlichen werden sich schon abfinden. Für ihr Recht streift die Worte nicht, in der Enttäuschung schreit bricht sich an den frößlich dicken Mauern des Wallotbaus. Aber das Gewissen, das christliche Gewissen? Wo bleiben die christlichen Parteien? Ach, eine Partei kann niemals in ihrer Gesamtheit christlich werden. „Dafür gibt es keine Heizung in der Schrift.“ Aber im Zentrum, in der Bayerischen Volkspartei, bei den Deutschnationalen sitzen Männer der Kirchen . . .

Und doch betont Pastor Mumm in der oben erwähnten Schrift: „In meiner deutschen Bibel steht nicht: Ich glaube, darum schweige ich, sondern ich glaube, darum rede ich.“ Wo ist einer aufgestanden von ihnen und ist eingetreten für die Witwen und Waisen, für die alten Greise und hat sein Christenwort für sie in die Magistrate geworfen?

Ja doch, der deutsch-nationale Mumm! Um die Gestaltung des Gesetzes hat er sich zwar bis zur letzten Stunde nicht gekümmert, aber nun erschien er, und stellte den Antrag, den schwer geschädigten Kirchen, soweit

Körperhästen des öffentlichen Rechtes seien, 15 Jahre lang eine Rente von jährlich 5 Millionen Mark zu bewilligen. Und erklärt, „ich habe schon mit dem Finanzminister gesprochen und er hat mir zugestanden, die 5 Millionen zu bewilligen.“ Fünf Millionen für die Kirchen, während Zehntausend von Brüdern und Schwestern darüberarmes Christentum. Wie gut, daß es auch noch „christliche“ Parteien gibt, in die du dich flüchten kannst. Kann man sich wundern, daß es darüber im Reichstag zu erregten Auseinandersetzungen kam, als Heß

Rumm schildungsvoll erklärte: „es sei nötig, um den jungen Kreis zu, die Unmälze der Herren von der Recke sind, die Hand gestürzt werde, helfend einzutreten.“ Und diese Erregung war nur gespielt, damit ein anderer Zuhörer die Summe loben und gebraucht worden aus den Kleinodien und der Fülle auf Rungen, Weinen, Weinziegen, Schweine, Eselmeine, Kletten, Schweinefisch usw. Es war von alten eine Vorst

leidet eines Teiles von keinem großen Laub, den man durch die Zollvorlage unter Dach zu bringen hofft. Auch in der Zollvorlage erscheint im § 8 der sogenannte Wohlfahrtsparagraph wieder: 10 Millionen jährlich für kirchliche und private Wohlfahrtsgzwecke. Aber vor dem Kriege schon ist aus den Haushalten die Summe von einer Milliarde Goldmark jährlich in die Taschen des Großgrundbesitzer geflossen, jetzt werden es mehr sein — was bedeutet dagegen der Betrag von 10 Millionen im Jahre!

Kann man da einer sozialdemokratischen Abgeordneten verdonken, wenn sie mit der inneren Verlogenheit dieser „christlichen“ Untergabe eine scharfe Auseinandersetzung hält?

Kirchenseindichst? Nein. Aber Kampf gegen ein Kirchenamt, das sich erklöpt in materiellem und politischem Raumstreben, in volliger Verkenntung seiner geistigen und menschlichen Mission. Herrgott, welche Macht könnten sie ihrer Kirche sichern, alle die Geistlichen des Reichstages, wenn sie etwas mehr Priester und etwas weniger Pfaffen sein wollten, wenn sie ohne Konkurrenz an ihre weltlichen Gewissens und die ihrer Fraktionen von der ersten Kanzel im deutschen Reich aus das christliche Gewissen gegen Aufwertungstaub und Zollwucher lebendig machen würden, anstatt mitzuhelfen, daß drei Viertel dieses Volkes in rettungsloses Elend verfällt. Statt dessen berauschen sie sich an dem Edelmut ihrer charitativen Besinnung, obwohl sie die besten Volksgenossen demütigen, sie zu Almosenempfängern erniedrigen, und die Summen für diese wohltätige Selbstbedienung aus dem Handelsraub am verarmten Volk herauspressen.

Noch ist die Zollvorlage im Plenum des deutschen Reichstages nicht verabschiedet. Ein letzter Augenblick der nationalen und christlichen Besinnung ist noch gegeben. Wir rufen der Partei des Herrn Mumm und den anderen „christlichen“ Parteien ein Wort des Abgeordneten Mumm zu.

„Es kommt alles darauf an, gegenüber jeder Frage des Lebens auf Einheitlichkeit des Christentums zu dringen. Aber die hinfende Halbhheit zum Grundsatz machen, heißt das Evangelium von Christo töten.“

Aus dem Reiche.

„Gegen Gott.“ Dem früheren Herzog von Sachsen sind wir froh gegen das Land Thüringen seine förmlichen ehemaligen Besitztümer abgesprochen worden. Daß es gehört auch die Bibliothek des früheren Fürsten Sachsen. Eine der ersten Übernahmehandlungen des jetzigen Fürsten befindet sich, daß er den Direktor der Bibliothek, den demokratischen Sozialrechtsgelehrten Prof. Dr. Krüger, am 1. August seines Todes entholte.

Streichholzung eines Siebzehn-Millers. Wie in einer kurzen Anklage demokratischer Sozialrechtsgelehrten ausgesetzt wurde, erwähnt nur einer Zeit der Regierungsschule in Schleswig den Regierungsschulrat von dem Kreis der, den König der Kreisgruppe des „Stahlhelm“ in Schleswig niedergeschlagen. Da der Erfolg dieser Kämpferzeit nicht eintrat, verzögerte der Regierungsschulrat zunächst die Beurteilung einer Anklage, daß er den König niedergesetzt habe. Auf die Frage, ob das Siebzehn-Millennium dieses Vorganges des Regierungsschulrats tadelte, erwiderte der Kreisrat des Jägers, dem militärischen Kreisbeamten zufolge nachgestellte Antwort: „Das Vorgehen des Regierungsschulrates in Schleswig gegenüber dem Regierungsschulrat von dem Kreis der hat dutzende meine Billigung gefunden. Ich habe darüber hinaus Regierungsschulrat von dem Kreis nicht aus Schleswig verfolgen müssen, da er es nicht verstanden hat, seine Billigung im Verhandlungsrat mit seinen direkten Vertretern zu verhindern, mehrmals offensichtlich infolge dieser Billigung so wenig Dienstbarkeit zeigte und so ungeliebt Erkrankungen an dem Tag legte, daß hieraus sogar ein unerwünschter Einsatz auf dem in Schleswig zur Ausbildung gelangenden Nachwuchs zu befürchten stand.“

Ein Unheilsträger. In Münchener Hämmer bei Sonnenberg steht eine Verhandlung gegen die ehemalige Wahl Dr. Rautenkrauts als Ortsvorsteher Stellung. Sollte die Wahl Rautenkrauts mit keiner jämmerlich bewegten Befragtheit beurteilt werden, dann soll als Gegenmaßnahme in der Gemeinde eine Kirchenaustrittsbewegung eingeleitet werden.

Der Fall Robert Robertson.

Roman von Egon Erwin Kisch.

381

XLVIII.

„Denor ich berichte, was an dem wichtigen 27. August passierte, will ich noch einen Tag weitersehen und von weiteren Zusammenstreffen mit Frau Merete am darauffolgenden Tage, also am 28., erzählen. Ich hatte die eine Mittagszeit gefehlt, weil ich in der Halle des Hotels Kaiserhof beim Südtiroler sprechen wollte. Ich war Punkt fünf Uhr zur Stelle, und sie kam einige Minuten darauf. Wenn ich später in den Zeitungen von dem Stern am Zimmer Nr. 204 las, der so total verblüffend war wie der Jesuitenorden am 27., habe ich immer still für mich lachen müssen, denn ich bin noch oft im Hotel gewesen, seit ich Jesuiten gesehen und sogar einige Tage dort gewohnt. Heute bin ich an dem Tag mit demselben Hotel bewohnt und habe mich nicht mehr in die Halle des Hotels Kaiserhof gemacht, um mit dem Südtiroler zu sprechen, ob einer hat keine Wohnung gehabt, wer ist es? Wer geht das? Das Hotel ist sehr einfach zu leben und ich sollte es niemandem allen heraus verkaufen, die sich zu beschweren und unter einem jungen Menschen zu beschweren haben; man kann ja leicht in einer schönen Stadt ausziehen, die man eine Woche nicht mehr zu überqueren und in keine eigene Stadt zu kommen.“

„Sie war sehr nicht mehr der Herr von Nr. 204, der in dem von Menschen wünschlichen Raumengen genug haben ein kleiner, elegant geführter Herr, der keine Dame sollte Südtiroler besitzen. Die Südtiroler kommen zusammen, doch es gibt Menschen eben, die für sich ein Geschäftchen machen können. Sie haben natürlich ein sehr schönes Hotel und, wenn nachdrücklich Ihre Unterhaltung zu hören, da es ja sonst passiert, daß es eine Person kommt, die etwas verdeckt, das kann ja in Ordnung.“

„Ich kann Ihnen sagen, daß von der anderen Unterhaltung, die Sie mir erzählt haben, nichts mehr zu hören ist. Ich kann Ihnen sagen, daß es nicht möglich ist, wenn Sie nicht sehr vorsichtig sind, die Wahrheit zu erkennen.“

Gouvernement der ausgewiesenen Optanten.

Schneidemühl, 3. August. (Eigener Auskunftsbericht)

Der preußische Innensenator, Genosse Seering, traf Sonntag abend 11 Uhr zur Besichtigung des kleinen Optantenlagers ein. Die Ankündigung seiner Ankunft hatte auf die preußischen Behörden ihre Wirkung nicht verfehlt. Bereits am Sonntag vorab war alles möglichst vorbereitet, um das Lager so freundlich als möglich entstehen zu lassen.

Der preußische Innensenator hatte den Termin seiner Ankunft nicht amüsant gewählt, sondern er beschäftigte, sofort die Unternehmungsmöglichkeiten für die Optanten festzustellen, die in der Stadt eintreffen. Er inspizierte daher die Ausenthaltsräume der Ausgewiesenen bis in die späte Nacht hinein. In sanger Unterhaltungen mit den Vertretern der Optanten wurde er auf viele Mängel im Lager aufmerksam gemacht, die bereits heute vormittag abgestellt werden. Im Laufe des heutigen Tages finden in Gegenwart der Vertreter der Ausgewiesenen Verbesserungen mit den Behörden statt, um die weiteren Maßnahmen zu besprechen. Die Preußische Staatsregierung hat dem Regierungspräsidenten von Schneidemühl sofortig 5 Millionen für Zwecke der Optanten zur Verfügung gestellt.

Am Sonntag war der Zustrom der Optanten bereits wesentlich schwächer als am 1. August. Man erwartet hier nur noch 1000 bis 2500 Ausgewiesene. Für den Fall, daß das Schneidemühl-Lager nicht genügt, um den Flüchtlingsstrom aufzunehmen, wird die Hinzustellung des Lagers von Jossen ermöglicht.

Banderolles Vermittlung in der Garantiepaktfrage.

Paris, 1. August. (Eig. Drahtbericht.) Der belgische Außenminister George Baudouville hat sich nach Meliorungen aus englisches Land in einem an das englische Parlament erreichbaren Memorandum erhalten, das von diesem entworfene Saarpakt zu eigner Gewicht gemacht. Baudouville soll unter anderem erläutern, daß zwar die seitdem bestehende Durchsetzung des Garantiepakt weiter bestimmt noch abgeschwächt werden dürften, daß es aber unvermeidlich soviel wäre, alle Einzelheiten dieser Verträge für lateinamerikanische Staaten zu erklären und man demzufolge bestimmt nicht das Recht bestreiten kann, den Artikel 19 des Söderbundsvertrags nach 1918 in Europa zu machen. Gleich der englischen Regierung sieht der belgische Außenminister in gewissen Verhandlungen der jüngsten deutscher Rolle lediglich Ausgehnisse an, die einen Teil der deutscher öffentlichen Meinung und glaubt, daß es im Laufe der Verhandlungen nicht allzu schwer sein werde, darüber mit der Deutschen Regierung zu einer Vereinbarung zu gelangen.

Seine besondere Wichtigkeit ist, daß Baudouville ebenso wie das englische Auswärtige Amt die von Deutschland gegen die automatische Saarpakt geltend gemachte Argumentation als berechtigt erachtet. Er vertritt in seiner Antwort an die englische Regierung den Standpunkt, daß im Falle eines Konflikts zwischen Deutschland und einem seiner Nachbarstaaten dieser zwar bestätigt sei, daß auch ohne formelles Schließen des Söderbundes gegen einen beständigen Angriff zur Wehr zu gehen, daß aber die Saarpaktmächte erst für die eine oder andere Seite Partei nehmen müssten, wenn durch Bekämpfung des Söderbundes ausdrücklich festgestellt sei, wer in dem konkreten Falle Hauptaggressor sei.

Austausch der Friedensbedingungen mit Süß und Grim.

Paris, 3. August. (Eigener Drahtbericht) In Tetsuan, dem spanischen Hauptquartier, sind am Sonnabend zwei Abgesandte Abd el Krim eingetroffen, um in dessen Auftrag Kenntnis von den Friedensbedingungen zu nehmen, über die sich Frankreich und Spanien auf der Radibet Konferenz geeinigt haben. Die beiden Delegierten wurden von Primo de Rivera selbst empfangen und mit einer Abfahrt der Beschlüsse in das Hauptquartier Abd el Krim zurückgeführt, wo Abd el Krim am Montag seine militärischen Mitarbeiter sowie die Häftlinge der unter seinen Füßen kämpfenden Spanier zu einem großen Kriegstatz zusammenbrachte.

Jedens neue Zeft. Die englische Presse berichtet mit mehr Begeisterung die Tatsache, daß Mortal Keppler, der General des serbischen Heeres in der Zeitung der Serben, sich entschlossen hat, in das englische Sandhurst-Komitee einzutreten, das unter der Präsidentschaft des Generalmajors Andrew Scott, Chef des Generalkommandos, die Frage behandelt, geeignete junge Leute in die britisch-militärische Laufbahn einzutragen und die entsprechenden militärischen Komitees einzurichten. Es ist noch zu früher Erwartung, daß Mortal Keppler noch im vergangenen Jahre geweigert hat, einen Sit in Madrids Reform-Komitee einzutreten, und man hat in England das durch Gesetz, daß es nicht unter allen Umständen erlaubt ist, wenn einer der Bogen mit der entsprechenden Seite der Verbindungsberechtigung im eigenen Lager antritt und so die Bewegungsfreiheit beeinträchtigt.

„Das hat mir den Mut zum Handeln gegeben,“ sagt „und jetzt frage ich Sie noch einmal, wollen wir uns wiedersehen? Sie antwortete noch immer nicht.“

„Wenn Sie nein sagen, trennen unsere Wege sich, und uns Begegnungen werden nur ganz zufälliger Natur sein. Soll Ihnen sagen, wie es werden wird? Es kommt ein Tag in Ende ...“

Sie unterbrach mich.

„Ich möchte doch erst die Wahrheit hören,“ sagte sie. „Soll Sie jetzt erzählen?“

„Ich antwortete: „Ich habe im Duell gesiegt. Er ist tot.“

„Wie wagen Sie es dann, hier zu sitzen?“ fragte sie beider jemand Sie erlösen?“

„Das hat nichts zu sagen,“ antwortete ich, „denn für Öffentlichkeit habe ich noch nichts begangen. Aber lassen Sie ausreden. Wenn wir aus redeten, und ich rechte mit dem Menschen, denn ich weiß in nicht, wie harterhart Sie Sie ist, wenn ich Ihnen dann ergebe, lieb Frau Merete? Hierbei kann Sie nicht, die Freigraße, die eintreffen, werden Sie zwingen, fortzureisen. Daburk aber müssen Sie aus die neuen Freunde verlassen, die Sie sich gewünscht haben. Ich meine nicht der Verlust dieser Freunde eine große Stelle für Sie, doch werden Sie auf alle Fälle ganz allein sein.“

Und eine kleine, kluge, intelligente und feinfühlige Frau, die

mir zu Ort solle und die Festzüge nicht die sie an Bade-

und in Auskobis finst, ist nicht beweisbarwert. Sie sind

groß und mäßig, wie fröhlich habe ich ein internation-

elles Gefühl. Ich weiß Ihnen jetzt, wie es um Sie steht,

Geist und der Welt nicht entbehren können, müssen in die

Welt gehen, doch Sie können nicht ohne gebunden, und

sozusagen Sie durch den Tod ihres Mannes einen

eine bekannte Figur in Spanien und beim Turf geworden.

„Auch war Sie zweit — die schönste gebliebene Dame, aber

schönste, die gekommen ist.“ Und so werde ich Sie

Tags in Spanien, Monat nach Monat in einem Hotel

in einer Stadt leben, langsam einen Abstand hielten.

„Sie waren die beste, die schönste Dame.“

Die Polizei im Reichstag.

Kratz während des ersten Steuerkampfes.

Die zweite Beratung des Reichsbewertungsgesetzes wird abgehalten. Heinrich Schulz (Soz.) verlangt größere Rechenschaft über seinen Besitz. Der Redner beantragt, diese Garantie einem Sachverständigen-Beirat beim Reichsministerium zu überlassen.

Ein Regierungssprecher hält die Aufnahme des sozialdemokratischen Antrags in das Gesetz für ungemein schwierig.

Abg. Dr. Körte (Komm.) bezeichnet die Verfassungsmäßigkeit des vorliegenden Gesetzentwurfs als höchst zweifelhaft.

Abg. Gereke (Dnat.) stimmt dem Grundgedanken des Antrags zu, wünscht aber eine andere Fassung. Er fordert, dass der Finanzminister möge die Entscheidung über den Betrieb des Gewerbebetriebes bei den Angehörigen von Kunst und Kultur treffen, nach Anhörung von Sachverständigen, die der Reichswirtschaftsrat vorbereitet.

Bei den Bewertungsvorschriften für das Gesamtbewertungsamt Abg. Balow (Soz.) aus, den großen Bankenreihen sei auch wieder die Möglichkeit zu Steuernügleich in großem Umfang gegeben.

Abg. Dr. Kosch (Komm.)wendet sich mit ähnlichen Gründen an die Vorlage.

In dem Abschnitt, der das Verfahren regelt, ist die Einigung von Grundwertauskünften bei den Vermögensaufzeichnungen, die den Einheitswert der Land- und Forstwirtschaftlichen Betriebe bestimmen sollen.

Abg. Dr. Kosch (Komm.) beantragt, in diese Ausführungen auch Vermerke der Unternehmerchaft und Kleinere nicht durchdringende zu legen.

Abg. Dr. Gereke (Dnat.) beantragt eine Ergänzung des § 83. diesem Paragraphen wird bestimmt, dass der Reichsfinanzminister nur mit Zustimmung des Reichstages die Einnahmen treffen darf, zu denen er durch das Gesetz erlangt wird. Die Sozialdemokraten beantragen, dass daneben die Zustimmung ein Reichstagsauskusschuss darüber hin soll. — Abg. Gereke (Voll.) schließt sich dem Vorschlag des Sozialdemokraten an. — Damit schlägt die Aussicht auf.

Angenommen wird der Antrag Dr. Gerekes (Dnat.), dass der Reichsfinanzminister bei der Entscheidung darüber, der Betrieb eines Künstlers als "Gewerbebetrieb" im wirtschaftlichen Sinne zu betrachten ist, einen vom Reichsminister zu wählenden Sachverständigen-Ratschuss anhören soll. — Im Zuge wird die Ausführung der Vorlage nach Abschaffung der Einführung angenommen.

Hieraus folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur Einführung der Verkehrssteuer.

Vizepräsident Graef teilt die neuen Beschlüsse des Kabinetts mit, die auf eine weitere Verhärting der Rendite bei verschiedenen Vorlagen hinzuholen. Von den Kommunisten werden diese Mitteilungen mit kritischen Protesten aufgenommen.

Abg. Höllein (Komm.) erklärt, an der Beratung über diese Veränderung der Rendite hätten die Kommunisten nicht teilgenommen. Staatssekretär Dr. Popitz habe den Regierungskreisen die Vorlage kritisch gemacht, aber die Kommunisten nicht informiert. (Lärm und Rufe bei den Kommunisten: "Die Regierung schreibt die Rendite vor!" — "Eure Gedanken sind gut!" — Vizepräsident Graef erhebt Erwiderungsruf.)

Bei der Abstimmung über den Vorschlag der Kommunisten, der die Rendite noch etwas zu verhängen, stimmen dagegen der bürgerliche Partei auch sozialdemokratische Abgeordnete, darunter Müller, Franzen, Böllering und Dr. Braun. Ablehnung ihres Vorschlags wird von den Kommunisten mit lauter Beifüllung der Weisheit, besonders der Sozialdemokratie, beantwortet.

Vizepräsident Graef droht wiederholts für den Fall der Annahme des Vorschlags die Anwendung der härtesten Gewaltmaßnahmen an. Der Lärm steigt noch hoch. Darauf weist Vizepräsident Graef den Abg. Jadaisch (Komm.) aus dem Saale und unterdrückt um 12 Uhr die Sitzung auf zehn Minuten.

Bei Wiedereröffnung der Sitzung stellt Vizepräsident Graef fest, dass der Abg. Jadaisch vorher durch die Weigerung, im Saal zu verbleiben, seinen Auschluss auf drei Sitzungstage herbeigeführt habe. Von den Kommunisten wird diese Mitteilung mit lärmenden Kundgebungen beantwortet. Der Vizepräsident stellt dann fest, dass Abg. Jadaisch noch im Saale befindet und infolgedessen auf zwanzig Sitzungstage ausgeschlossen sei. Wenn er jetzt nicht im Saal verbleibe, werde er mit Strafhaftgewalt aus dem Saal entfernt. Abg. Höllein und andere kommunistische Redner rufen: "Soll doch die Schule! — Schande!" Vizepräsident Graef weist darauf auch den Abg. Höllein aus dem Saale. Da der Aufforderung nicht folgt, wird die Sitzung wiederum in zehn Minuten unterbrochen. In der Pause werden die Räume geräumt. Die Kommunisten rufen nach oben: "Wir sollt Schande dieses Reichstags nicht mit ansehen!" Dann umrufen die Kommunisten in dichtem Kreise den Abg. Jadaisch während der Pause. Vizepräsident Graef zieht an den Abg. Höllein und ruft dieser laut: "Wir wollten ja eine Tafelaktion einleiten. Graef hat sie abgelehnt! — Wenn die Verständigung wollen, dann müssen sie die Konsequenzen tragen."

Die Befürchtung der gewaltigen Auschließung des Abg. Jadaisch verzögert sich dadurch, dass erst Kriminalpolizisten heranholen werden. Im Reichstagsgebäude sind nur einige Schutzzügel. Nach einer Pause von etwa 20 Minuten betritt Vizepräsident Graef wieder seinen Platz. Er wird von den Kommunisten empfangen mit lautem Rufen: "Wul henten!" Vizepräsident Graef stellt zunächst fest, dass Abg. Höllein noch im Saale ist. Er habe sich dadurch automatisch auf acht Tage ausgeschlossen. Auf die nochmalige Weigerung des Abg. Höllein, zunächst den Saal zu verlassen, erklärt Vizepräsident Graef, dass er nun für 20 Sitzungen ausgeschlossen sei. Auf die Aufforderung an die Abgeordneten Jadaisch und Klein zum Verlassen des Saales ruft Abg. Höllein: "Hein, wirken doch die Hinterhöfe Ihres Herrschaftsvermögens bis zu Ende!" Vizepräsident Graef erklärt, er habe die Publikumsräume schon räumen lassen und bitte auch die Abgeordneten und Besucher der übrigen Tribünen, den Saal zu verlassen. Auf Aufforderung des Vizepräsidenten erscheinen dann fünf Polizisten in Zivil, denen der Auftrag gegeben wird, die Abgeordneten Jadaisch und Höllein aus dem Saale zu führen. Abgeordnete Kommunisten geraten in Auseinandersetzungen mit den Polizisten. Es entstehen dann fünf weitere Polizisten und zwei Schoppenleute in Uniform. Darauf ruft Abg. Höllein laut, dass er den Beamten folgt: "Sei mal der Gewalt, aber nicht so hart! (an den Oberstabschef der Polizei) da brüllen!" Dieser folgt mit der gleichen Erklärung dem Beamten. Die Abgeordneten bringen Hochrufe auf die Ausgeschlossenen und rufen gemeinsam das Internationale.

Der Abgeordnete ist inzwischen zusammengetreten. Um 4 Uhr nachmittags wird die unterbrochene Sitzung vom Abg. Süder das Wort.

Abg. Süder (Komm.): Die letzten Vorgänge hätten vermieden werden können, wenn der deutsche

sozialdemokratische Vorsitzende den Saal nicht bestimmt hätte, dem Schaden der Kommunisten auf Erinnerung

des Abgeordneten Höllein gestoppt. Ohne die Weigerung des Vorsitzenden wäre eine Entspannung möglich gewesen.

Abg. Süder (Komm.): Die Sitzung ist ein Kampf der Politik, mit der

die Mehrheit unter allen Umständen die Zoll- und Steuerverzerrungen durchsetzen will, um möglichst rasch in die Räder zu kommen. Die Vereinbarung über die Verkürzung der Rendite ist in Abwesenheit der Kommunisten geschlossen worden. Die Erzeugung der Kommunisten war darum durchaus berechtigt. Warum der Abg. Höllein aus dem Saale gewiesen wurde, weiß überhaupt niemand. (Widerpruch und Gelächter rechts.) Wir wollten im Kabinett die Dinge zur Sprache bringen; aber die Mehrheit hat das verhindert, ja die Parteien der Rechten einsichtlich des Zentrums haben die Sitzung, die noch nicht geschlossen war, verlassen und sie so ausspielen lassen. (Hört! Hört! bei den Komm.) Wir lassen uns diese Diktatur bei dem Raubzug der bürgerlichen Parteien nicht gefallen. (Der Redner erhält einen Ordnungsruf.) Wir werden gegen den Vizepräsidenten Strafanklage ein. Mißtrauensvotum beantragen und werden verlangen, dass Höllein und Jadaisch zu den Sitzungen wieder herangezogen werden. (Beifall bei den Komm.)

Präsident Löbe:

Die Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der Maßnahmen des Vizepräsidenten steht dem Reichstag zu, wenn ein entsprechender Antrag vorliegt. Ich brauche ihn gegen übertriebene Vorwürfe nicht in Schutz zu nehmen. Im Übrigen ist es richtig, dass die kommunistische Fraktion bei den Beratungen im Zentralkomitee nicht anwesend war. Ich werde ver suchen, das in einer neuen Beratung nachzuholen. Jedensfalls trifft das Präsidium und das Büro keine Schuld an der Verhältnis der Erklärung.

Nunmehr wird die allgemeine Aussprache über die Wendeung der Verkehrssteuer und des Verfahrens eröffnet.

Abg. Dr. Herz (Soz.):

Gründende der Antrag auf Offenlegung aller Steuerlisten. Schon seit Jahren habe unter heftigster Kritik vor allem durch den Handelskongress eine plausiblere Bewegung der Steuerabstotage begonnen. Strohmann wurde als Reichskanzler angegriffen, die Finanzministerin 1923 eine Verordnung auf den immer noch hohen Gas von 1% vorgenommen. Der diplomatische Finanzminister hat sich im Steuerauschuss des Reichstages unterstellt von keinen Staatssekretären, so für die Einführung aus der Umsatzsteuer als nationale Notwendigkeit! (?) festgelegt, dass es auf seine Objektivität ein sonderbares Licht werfen würde, wenn er jetzt plötzlich auf sie verzichten könnte — nur das mit der Zollmutter möglich, schnell zum Gesetz erhoben wird.

Neuer Handel um das Rollkompromiss

Gegenstellung: 1% Umsatzsteuer-Vorschlag?

Der Plan des Reichskabinetts und der Regierungsparteien über die Erledigung der letzten Abstimmung des Reichstages ging darin, die Zollvorlage möglichst noch in dieser Woche zu verabschieden. Aber es steht schon fest, dass die Sitzung vorläufig ausfallen wird, nachdem neben dem Zoll- und Tabaksteuergesetz u. a. noch der Finanzausgleich zu beraten ist, so dass mit der Erörterung der Zollvorlage im Plenum frühestens für Freitag gerechnet werden kann. Freitag ist, ob es dahin wiederum die neuzeitlichen Schwierigkeiten, die einer Verschiebung des Zollkompromisses entgegenstehen, überwunden sind. Immerhin haben fristliche Gewerkschaftsführer unter dem Druck der sozialdemokratischen Presse an die Zentrumsfaktion einen Brief gerichtet, in dem sie nochmals ihre Bedenken gegen das Zollkompromiss äußern und erklären, dass die kommende Zollbelastung für die Arbeitnehmer verdächtig nur dann erträglich wäre, wenn die Lebensmittel in Zukunft wenigstens von der Umsatzsteuer befreit würden.

Die Regierung verhält sich bis jetzt gegenüber der Forderung, die Umsatzsteuer zu streichen, wie sie insbesondere die Sozialdemokratie im Verlaufe der letzten Steuerdebatte wiederholte gestellt hatte, ablehnend. Das Kabinett ist jetzt bereit, statt der vorgesehenen Herabsetzung um 1. Oktober von 1% auf 1% am 1. Januar eine Ermäßigung auf den immer noch hohen Gas von 1% vorzunehmen. Der diplomatische Finanzminister hat sich im Steuerauschuss des Reichstages unterstellt von keinen Staatssekretären, so für die Einführung aus der Umsatzsteuer als nationale Notwendigkeit! (?) festgelegt, dass es auf seine Objektivität ein sonderbares Licht werfen würde, wenn er jetzt plötzlich auf sie verzichten könnte — nur das mit der Zollmutter möglich, schnell zum Gesetz erhoben wird.

Löbe wehrt sich erfolgreich gegen unberechtigte Angriffe.

Im zweiten Satz des Reichstages erhebt Reichstagspräsident Gen. Löbe am Sonnabend vorzeitig energischen Einprud gegen die verleumderischen Behauptungen verschiedener Staaten der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei. Präsident Löbe habe bei den letzten Reichstagsverhandlungen nicht die erforderliche Objektivität an den Tag gelegt. Das Stimmestück, die "Deutsche Allgemeine Zeitung", behauptete sogar, der Leiterstaat habe dem Reichstagspräsidenten Vorhaltungen über die unangemessene Wahrung der Würde des Parlaments gemacht. Löbe erklärte, dass er bereit sei, sofort seinen Posten zu verlassen, wenn auch nur die Möglichkeit bestände, dass Teile des Reichstages oder gar eine Mehrheit jem die Meinung zu eignen machen würde. Diese Erklärung veranlasste die Abgeordneten Westarp (Dnat.), Dr. Scholz (D. W.) und Lehmann-Bach (Btr.), ausdrücklich zu befürworten, dass von einer Anwendung der Objektivität des Reichstagspräsidenten auf seiner Seite die Rede sei könne.

Am Montag und Dienstag soll der Reichstag wieder von 10 Uhr vorzeitig bis 9 Uhr abends tagen. Weitere Dispositionen über die dritte Sitzung der Steuergefechte und die Beendigung der Zollvorlagen sollen später getroffen werden.

Schwarz-weiße Landfriedensbrecher.

Brandenburg a. Havel, 3. August. (Eigener Funkbericht.) Im Sonnabend und Sonntag erfolgte hier eine Feier aller Freuden in Brandenburg in Garnison feiernden Regimenten. Es handelt sich um einen ausgeprägten schwarz-weißen Kampf um die Ruhm. Als der Feiertag beendet war, begaben sich mehrere Hakenkreuzler in das Gewerbehaus, obwohl über dessen Eintritt der Charakter des Lokals angezeigt war. Sie verlangten Bier, und als der Wirt sich weigerte, soche Leute zu bedienen, zerstörten sie mehrere Gläser, Stühle und Fensterscheiben, prügeln den Sohn des Dekanen, hauen und drohen, das ganze Lokal zu demolieren. Einzelheiten erwähnte sich eine gräßere Schlägerei, die bis spät in die gegenüberliegenden Gebäude des Kommandantenfortslangte. Erst als das Verwaltungskommando des Kommandanten fortgezogen war und mit blanken Waffen vorging, verloren die Radikalen den Mut. Verhaftungen wurden nicht vorgenommen. Die Empörung in der Stadt war jedoch so stark, dass die Hakenkreuzler gewinnten, sich kurz Zeit nach dem Vorfall inshalb der Altstadt zu sammeln und Brandenburg fast fluchtartig zu verlassen. Bei den Zusammenstößen wurden mehrere Personen verletzt.

Ein leichter Vorfahrer. Vor dem Erfurter Schössergericht fand Verhandlung gegen den politischen Radikale der Thüringer Landeskirche statt, der in einer Wahlurne vor der Hindenburgwahl die Behauptung aufgestellt hatte, der frühere Reichsminister des Finanzministers Genosse Robert Schmidt habe während seiner Amtszeit für seine volle Tafche gesorgt. Der Angeklagte gab an, die Notiz einer Korrespondenz entnommen zu haben. Es wurde ein Vergleich geschlossen, in dem der Angeklagte feststellte, dass er kein Grundlagen für seine Behauptung habe und dass er bedauere, irrgeschäftigt worden zu sein. Die Kosten des Verfahrens trägt der Angeklagte. — Die Verleumdung vor der Wahl hat inzwischen eine ernsthafte Wirkung gehabt. Die nachträgliche kleine Peinlichkeit, sich als Fregeschäftsräte bezeichnet zu müssen, wird ein deutschnationaler Redakteur schon verjüngen.

Aus aller Welt.

Reiseraum Zürich-Berlin.

Die internationale Strassenfahrt über die Strecke von 1040 Kilometer von Zürich nach Berlin um den Garibaldi, veranschlagt von dem Bund deutscher Radfahrer, hat gestern nachmittags im Grünewaldstadion ihr Ende erreicht. Unter den Teilnehmern war der 1. Peter Rosen, Köln, mit 36 Stunden, 36 Minuten, 50 Sekunden, dann folgte Max Roth, Berlin, Gaul Müller, Frankfurt a. M., Blattmann, Zürich, Martinetto, Italien, Reitberger, München. Unter den Berufsfahrern belegte der 1. Platz der Staffel Gay mit 36 Stunden, 30 Minuten und 25 Sekunden. Am folgenden Sonntag, Berlin, Remscheid, Schweinfurt, Karl Roth, Berlin, Oliver, Italien, Krell, Berlin, Manzies, Berlin, Michael, Berlin, Eichard, Huschke, Berlin, Tinzen, Italien, Simeoni, Italien, Rösenbach, Hannover.

Die Weiterfahrt wird auf Montag vorzeitig vertagt.

wie die Fahrt auf der Eisenbahn 1. Klasse. Er braucht 380 Dollars, das macht für den Kilometer 15,35 Pf. Um billigeren vor die Beförderung in Frankreich wegen der dort herrschenden Inflation. Auf der Strecke Toulouze-Marrakech braucht er nur 3 Pf. für den Kilometer zu zahlen. Die reine Flugzeit betrug auf der Route 73 Stunden, und zwar wurden durchschnittlich etwa 142 Kilometer in der Stunde zurückgelegt.

Telegraphenfahrt als Wetterpropheten.

Ran glaubte bisher allgemein, dass das eigenartige, summende Geräusch der Telegraphenfahrt auf die Tätigkeit des Windes zurückzuführen sei, der die Drähte wie die Seiten eines Teilschirms aufzuspannen scheint. Dieser Glaube lässt sich aber nicht aufrecht erhalten angesichts der Tatsache, dass das Summen der Drähte auch an vollständig windstillen Tagen zu hören ist. Eine andere Theorie glaubt das Klirren auf Spannungsveränderung in den Drähten zurückzuführen zu lassen, die durch den Wechsel der Temperatur verursacht werde. Jetzt hat ein amerikanischer Gelehrter die Behauptung aufgestellt, dass der Ton der Drähte von barometrischen Veränderungen abhängt. Summen der Drähte in sehr tiefer Tiefen, so soll das ein höherer Ton geben, dass der Wetter sich im Laufe der nächsten 24 Stunden ändern wird, während ein heller und klarer Ton eine unmittelbare Seemeldung anzeigen. Nach den Erfahrungen des amerikanischen Gelehrten werden die Vibrationsrhythmen der Drähte von den Telegraphenlangen verurteilt, die ihrerseits durch die Wellen, die per se auf solchen langen Frequenzen erzeugt werden, die aus durch die Seismographen vor jeder Veränderung der meteorologischen Verhältnisse angezeigt werden.

Reiseflug einer Brieftaube.

Ein Rouvier-Brieftaubenzüchter machte vor kurzem ein interessantes Experiment. Er gab eine seiner Täubchen den Kapitän eines Dampfers und mit vereinbarte mit ihm, dass die Taube in Freiheit gelöst werden sollte, sobald das Schiff eine Entfernung von 1000 Kilometern von Rouvier erreicht habe. Dem entsprechend öffnete der Kapitän den Käfig der Taube, als sie von ihrem Gewicht herunterfiel. Die Taube ersetzte ihren Kapitän, der sie auf dem Rücken trug, und kehrte nach Rouvier zurück. Sie war eine Durchschnittsgeschwindigkeit von nahezu 100 Kilometern in der Stunde aufgelegt haben.

Schauspielhaus

Operettenbühne - Tel. R. 2545

Gesamtspiel!

des

Walter Rossmann-Theaters

Montag, 9 Uhr:

Im letzten Male:

„Hallo! Hallo!“

große Ausstattungs-Revue

in 15 Bildern.

Mittwoch, 9 Uhr:

Zum 1. Mal:

„Der Die Das!“

große Ausstattungs-Revue

in 21 Bildern.

Heiratsgeschäft.

Sandmesser, Friedenster, ge-

schieden, unglücklicher Ehe, nicht

in Eheverhältnis ein, Frauensatz

ab. Wölfe im Hinterhof, von 35-44

Jahren zu machen. Über nur

solche wollen sich machen, die

es möglich erinnern möchten.

Offiziell ist es ab dem 1. August

Buchhandl., Neue Gräpeneit.

Im Volkshaus,

Einfache Stelle für Wohnungss-

zweck, sind eine große

Menge gebrauchte und neue

Wöbel, darunter elegante

Schlaf-, Ess- u. Speise-

zimmer, Schränke, ganze

Rüben, Sofas und Chair,

und 2 gebrauchte pianos

sind zu verkaufen. Stellung

h. Vogel, Berliner Str. 8.

15.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

35.-

Montag, den 3. August 1925

Berlager zur Befreiung

Montag, den 3. August 1925

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:

Gewerkschaftshaus, Zimmer 36

Telefon: 041 552.



solche Zeiten immer von neuem herbei. Sind die Deutschen etwa in Belgien, in Nordfrankreich und in Polen in besserer Erinnerung als die Franzosen bei uns?

Deputat 6. Dienstag, den 4. August, abends 8 Uhr, findet in der Gläser, Bergstraße eine außerordentliche Distriktsversammlung statt.

Deputat 20. Dienstag, den 4. August, abends 8 Uhr, findet in der Gläser, Bergstraße, eine besonders wichtige außerordentliche Distriktsversammlung statt. Referent: Genossen Karl Ritter.

Deputat 21. Montag, den 3. August, abends 8 Uhr, findet in der Gläser, Bergstraße, eine besonders wichtige außerordentliche Distriktsversammlung statt. Genossen Lütke wird einen sehr lebhaften Vortrag halten. Die Wichtigkeit der anderen Punkte der Tagesordnung macht die wichtige Tagessitzung nötig.

Deputat 22. Dienstag, den 4. August, abends 8 Uhr, trifft die gesamte Distriktsleitung zwecks wichtiger Besprechung im Saal des Gewerkschaftshauses, bei Regen im Restaurant.

Deputat 30. Heute, abends 8 Uhr, findet im Lokal bei Hartmann, Lehmbrüderstraße 50, die Abrechnung von unserem Gartenfond statt. Sämtliche Funktionäre wollen pünktlich und zahlreich erscheinen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 3. August.

Grimmert Euch der Opfer!

Ein furchtbar stend Schrecknis ist der Krieg!

Schiller.
Wer hätte ihn noch nicht ge hen, den Blinden, der durch das selige Volkmorden um das Licht seiner Augen beraubt wurde? Wer zu oft wird das Strafgebild durch einen solchen bequemsten Menschen beobachtet, einen Hund, der in Erfurth mit ihm aufblüht, seinem Ziele zuführt. Anerkennende Bewunderung verdient dieses treue Tier, das eine harte Schule hinter sich haben muß, ehe es in der Lage ist, seinen Herrn sicher durch das gewöhl der Großstadt zu geleiten. Noch mehr Bewunderung aber verdient der arme Unglückliche, der sein häßliches Gut, was ihm an der Natur mitgegeben wurde, das Augenlicht, zum Opfer brachte und sein Schicksal stumm und gebüdig erträgt. Dass für ihn nur auf den Hund langt, während der Straßenverkehr nach immer größere Automobilmassen auch für ihn mit immer schwereren Gefahren verbunden wird, ist wahrheitlich gottgewollte Seltordnung.

Trotzdem es unmöglich ist, sich in die Lage dieser am schwersten einwohnenden Kriegsopfer zu versetzen, die in ewiger Nacht ihr Leidenschaft verbergen müssen, müßte sich eigentlich jeder verständigt fühlen, ihnen in jeder Weise hilfreich beizustehen, wo es möglic ist, um ihnen durch kleinste Dienste mitunter große seelische Sommerungen und Erregungen zu mildern. Ihnen zu beweisen, dass es von ihnen gebrauchte Opfer zu würdigen versuchen, das ist's, was wir als Opfer bringen müssen.

Wie weit aber die Berechnung dieser Tapferen geht, kann man oft im Gewühl der Großstadt mit Empörung feststellen. Der neue Bierheiner wartet geduldig an der Bordsteinlaterne, rechts und links während, bis er glaubt, dass er mit seinem Schuhdeichseln, wenn möglich, die vorigen Verlierer besiegt hat. Neugierige stehen stehen und bedauern den Vermeinten, aber nur selten finden sich Menschen, die ihm Unterstützung anbieten.

Aur wer Gelegenheit hatte, die Genugtuung herauszuhören, die diesen Helden erfüllt, wenn sich doch noch Menschen finden, die bereit erklären, ihn durch Fahrlässigkeiten hindurch zu geleiten, wird das richtige Verständnis für die furchterliche Lage auszutun. Nur zu oft wird mit Unrecht befürchtet, dass vierfüßige Begleiter hässlich ist, deshalb ist es aber nicht schwierig, sich hinzustellen und zu jammern. Eine kurze diesmalige Frage an den Blinden, er verneint und nimmt man ihm hilflos am Arm.

Welche innere Befriedigung würde sich unter den mit diesem Los Bedachten auslösen, wenn verordnet würde, dass der Verleger bei ihrem Passieren der Straße zu stoppen hat? Zeigt dort der so gern in den Mund genommenen christlichen Nachdenker, wenn Kriegs- und Inflationsgewinner den Blinden zeigen, so lange zu warten, bis sie mit ihren Automobilen vorgerückt sind?

Selbstsam muss es auch empfunden werden, dass noch nicht allen Bedauernswerten, denen nur durch Hören Unterhaltung erfreut werden kann, der Rundfunk erschlossen worden ist. So merkenswert auch die Bestrebungen einzelner Sendegefehlten sind, die dieses Werk wahrnehmender Menschenleben zu vollenden hoffen, so bleibt es doch eine Schande, dass die hierzu notwendlichen Mittel durch Sammlungen von einer Bevölkerung, welche die letzten Pfennige aus der Tasche geplündert werden, wahrgenommen werden müssen. Wenn schon Geld für neue Kriegsbücher wichtig ist, wenn schon soviel da ist, dass es als erforderlich gehalten wird, die Vermögenssteuern herabzuziehen, dann ist es doch verwunderlich, dass den Opfern des Krieges ihr hartes Schicksal nicht so erträglich gestaltet wird, wie es möglich ist, zumal der Staat Schulden dieser Art nicht abtragen kann, weil sie unbezahlt sind.

Erf Jahre nach dem Tage, wo die Nölter in chauvinistischer Weise gegeneinander getrieben wurden, sehen wir jetzt, wie die damals gebrachten Opfer eingehäuft werden. Das Verhalten der, die da meinen, dass allen, die ihre Gesundheit zum Opfer gebracht haben, der Dank des Vaterlandes gewiss ist, sollte uns gerade in diesen Tagen die Hände zum Schout gegen jeden Krieg im Himmel reden lassen.

Watnend geht das Elend durch die Straßen. Der Blinde mit dem Hund ist nur ein Beispiel.

Sind wir eingedenkt, dass den Feinden die Opfer eines neuen Krieges genau so lästig sein würden, wie die des vergangenen.

Sorgen wir dafür, dass die Parole unserer Kinder und Kindeskindern wird, die nicht nur Gelegenheit haben werden, den Dank des Vaterlandes zu erwidern.

Nie wieder Krieg

aus die Parole unserer Kinder und Kindeskindern wird, die nicht nur Gelegenheit haben werden, den Dank des Vaterlandes zu erwidern.

p. m. l.

Tapferkeit.

Während deutschnationale Männer Elsch-Denklingen für alle Zeit verraten, beruft die "Sächsische Zeitung" die Tapferen Aufräumung zu einer Grausamkeite. Die "französische Familie" wird bis in die feinsten Seiten verachtet. Und von der französischen Seite wird gesagt: "Wir wissen aus Überlieferungen, wie diese Banditen zu hausen pflegen. In Schlössern, toll von Ungeziefer und Schmutz. Wie die Schweine, die sich benommen, ein Ekel für jeden reinischen Menschen, der auch noch französische Blöße gegen die Gemeinden, die jetzt mit großer Kosten wieder Sauberkeit herstellen müssen."

Was hier geschrieben steht, ist natürlich wahr, doch so wie dem französischen Kondern lebt Antisemitismus. Aber nun ist der Krieg, der Breslauer Schulen angeschlagen hat, wie "alles zerstören, zerissen, verwahlos", soll den Tapferen und Schmutz gewesen ist. Das ganze deutsche Heer ist verloren. Die Sozialdemokratie kämpft gegen die Wiederherstellung einer schönen Kulturlandschaft. Die Nationen aber schen-

erwartet, dass jede missbräuchliche Benutzung und jede Beschädigung vermieden wird und dass das Publikum sich den Schuh der Brunnenanlagen, deren Betrieb so lange entbeht worden ist, ansegen darf.

Touristenverein Naturfreunde. Kinderwanderung.

Unsere nächste Ferienwanderung findet am Mittwoch, den 5. August statt. Treffpunkt um 6½ Uhr am Kleinkatzhof. Wegen Platzmangel können Erwachsene an dieser Fahrt nicht teilnehmen. Die im Umlauf befindlichen Sammelkarten müssen umgehend abgetrennt werden. Teilnehmerkarten und Belegung für den ganzen Tag nicht vergessen.

Die juristische Sprechstunde findet in dieser Woche Dienstag, 4. August, mittags von 1/2 - 1/4 Uhr und Freitag, den 7. August, nachmittags von 1 - 2 Uhr, statt. Eingang Fränkelpark 3.

Es wird nur Rechtsauskunft, und zwar gegen Vorlegung der Abonnementsquittung, erteilt. Schriftsätze werden nicht angefertigt.

Der "Vollchor Breslau",

der größte gemischte Chor unserer Arbeitergesangsvereine Schlesiens, ist einer der wichtigsten Kultursäulen geworden. Die Mitglieder gehören ihm aus reinem Idealismus an, ihnen willt nicht die Freude der Geselligkeit, wie in vielen Männer- und anderen Chören dieses maßbestimmend ist, auch erwünscht für sie kein materieller Vorteil irgend welcher Art, einzig und allein das Erlebnis der Mitwirkung an der Ausführung eines großen Werkes der Musikliteratur ist der wertliche Lohn, die innere Befriedigung darüber, einer von denen zu sein, die ihre Kraft in den Dienst einer solchen großen Aufgabe stellen. Die Chordisziplin muss im Interesse des Sache außerordentlich stark sein, große Mittel dürfen nicht angewandt werden, alles Disziplinarische droht. Es darf dem Boden freundlicher und sozialer Verständigung. Die Proben müssen immer gut besucht und es sinden ihrer im letzten Halbjahr einschließlich der gemeinsamen Proben 47 statt. Es bedeutet sehr viel, wenn Hunderte sich zu einer Probe nach dem Tagesschlaf und Pflege in Werkstatt und Geschäft zu solchen Proben zusammenfinden, wie zu dem Oratorium "Das Lied von der Glocke" von W. Bruck, wo allein 800 fanden. Das denkbare beste Zeugnis für unsere Konzerte bildet das Publikum selbst, vor zweimalig ausverkauftem Saale fanden die Aufführungen der "Glocke" statt, Singende und Hörende, beide aus verschiedensten Kreisen, erhob der Geist ernster, reiner Kunstbetätigung. Die Mitglieder des Vollchores gehören nicht zu den kapitalistischen Zeitgenossen, die Aufbringung der Beiträge, Straßenbahnschichten zu den Proben usw., fällt manchen Sängern und Sängerinnen schwer, trotz allem konnte über unregelmäßige Zahlungen nichts geklagt werden, und die 258 singenden Mitglieder sind alle bestrebt, den Chor weiter auszubauen. Zum Oktober finden wiederum Noten- und Harmonikalehrgänge für Anfänger und Fortgeschritten statt, auch soll im Monat je ein Muß und Kunstdienst für die Mitglieder mit einleitendem Vortrag stattfinden. Zwei Konzerte am 10. und 11. November werden Radikalchor und Vollchor alter Meister im Programm bringen. Allen sangen sorgfältig und stimmbegabten Damen und Herren, die in unserem Volkshor mitwirken wollen, ist Gelegenheit zur Aufnahme gegeben. Die Frauenabteilung ab jedem Freitag von 8 - 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 78, und die Männerabteilung jeden Dienstag von 8 - 10 Uhr in der Aula des Heilig-Kreuz-Gymnasiums. Anmeldungen sind bei der Abteilungsleiterin, vorparechtem, auch eröffnet weitere Auskunft der Vorsitzende Karl Seeliger, Weissenburger Straße 10 II.

Werstudenten.

Das städtische Berufsamt schreibt:

Das Studium an den Hochschulen ist heute wesentlich teurer als ehedem. Eine verhältnismäßig große Zahl Studierender ist auch in diesem Jahre gezwungen, die Sommerferien, d. i. die Zeit von Anfang August bis Ende Oktober, nicht zur Erholung, sondern dazu zu benutzen, als Werksstudenten durch Arbeit in Landwirtschaft, Handel oder Industrie die nötigen Mittel zur Fortsetzung des Studiums zu erwerben. Das Städtische Berufsamt, Nikolaistraße 25 I (Fernsprecher Ring 8747), ist in den letzten Tagen wiederholt von Studierenden der beiden Breslauer Hochschulen um Nachweis einer solchen Arbeitseleganz während der Ferien angegangen worden. Es richtet deshalb, wie früher, an die Herren Arbeitgeber in Breslau und der thüringischen Provinz die Bitte, ihm in dem Bestreben, dem weniger beschäftigten Teile der akademischen Jugend in dem materiellen Kampfe beizustehen, durch recht zahlreiche und möglichst baldige Meldungen von Arbeitsmöglichkeiten jeder Art ihre Unterstützung zuteil werden zu lassen. Außer dem Städtischen Berufsamt nehmen auch das Wirtschaftsamt der Universität Breslau G. m. b. H. - Abteilung Arbeitsvermittlung, Annenstraße 1 (Fernsprecher Ohle 7760), sowie der Studienkreis aus sich der Technischen Hochschule Breslau, Hanauerstraße 1/3, Meldungen entgegen.

Beamtenflage.

Seit Rechtsregierung ist in Kraft. Steht's schlüssig um die Beamtenhaft, Denn allen wird das Auge gestrammt, Und Auffliegsmöglichkeit verbannt. Dafür gibt's dicke Lizen, Und dicke Knöpfe drücken!

Die Titel wachsen ellenlang, Weil das nichts kostet, Gott sei Dank! Jeden Stunden Dienst, obn' Unterlaß, Sind Lohn für Sozialisten hoch, Und will der Magen knurrn, Den Riemer setzt, nicht murken!

Der altherrliche Preukengest, Legt wieder neu die Wege weit, Drum, ist auch niedrig das Gehalt, Sitramm sei der Gang und die Gestalt! Doch raus man sich auch deugen, Wenn Obers sich zeigen.

Umgestiegs Jahr Republik, Verkommen doch nicht sind zum Glück, Sie lehren allen, dass man sieht, Legt auch den großen Unterschied, Von Wahrheit, und von Versagen, Die vor der Wahl vot. lassen!

Sie machen wieder links um fecht! Sie alle, denen noch was wert, Sind Staatsmahl, Freiheit, gleiches Recht, Und die nicht von Charakter leicht, Und rote Stimmen haben! Mich freuen, es ist schön!

Ob Ihre Anzeigen der Befreiung

„Arbeitsgerichte“.

Schon seit Jahren werden von den freien Gewerkschaften und Sozialdemokratischen Partei einheitliche und selbständige Arbeitsgerichte gefordert, die für alle aus dem Arbeitsverhältnis entstehenden Streitigkeiten und Zwistigkeiten zuständig sein. Es ist bis jetzt allen diesen Bestrebungen nicht gegliedert, es sei denn zu erreichen. Wir haben heute auf dem Gesetzgebungsrecht der aus dem Arbeitsverhältnis entstehenden Streitigkeiten einen großen Vorrat. Es fällt nicht jedem Land, sondern oft auch dem Kaufmann schwer, zu einem solchen Gericht zuständig ist, Kaufmannsgericht, Gemeindegericht, arbeitsgerichtlichen Kammern der Schlichtungsanstalt usw. Diese Fragen sind nicht nur in der einschlägigen Literatur sondern auch in den Tages- und Gewerkschaftszeitungen eingehend erörtert worden, so daß ein nochmaliges Einholen derselben zwecklos und unnötig ist.

Auf 6. Juni 1928 wurde ein Regierungsentwurf zur Einführung von Arbeitsgerichten dem vorläufigen Reichsrat und dem Reichstag vorgelegt. Während der Besprechungen erfolgte der völlige Zusammenfall unserer Begeisterung. Der Entwurf wurde deshalb aus Ersparnisgründen verworfen. Mit der Realisierung des Geldmarktes drohte wieder an denselben. Er war jedoch ziemlich lädiert und unzureichend, so daß er einer völligen Umarbeitung unterzogen musste. Der eine Gesetzentwurf über ein Arbeitsgericht, von Reichsgerichtsministerium in Gemeinschaft mit dem Reichsminister ausgearbeitet worden ist, ist jetzt den geschäftigen Körperschaften zur Begutachtung und Annahme vorzuwerfen. Es ist jetzt zu wünschen, daß dersele möglicherweise angenommen wird, um in der so wichtigen Frage der rechtlichen Entscheidungen etwas Klarheit zu schaffen. Wir nicht verschämen, unsere Leser aus die wichtigsten Beiträgen des neuen Gesetzes und auf seine Fehler aufmerksam zu machen.

Durch die Einführung des Arbeitsgerichtsgesetzes sollen alle bestehenden, Gewerbe-, Kaufmannsgerichte usw. aufgehoben werden. Dafür wird für jeden Amtsgerichtsbezirk ein einziges Arbeitsgericht gebildet. Für jedes Land ist ein Arbeitsgericht und als letzte und höchste Instanz ein Reichsgericht vorgesehen. Vor diesen Gerichten sollen alle aus Arbeitsverhältnissen allgemein rügsgruppen (auch Heimatentstehenden Streitigkeiten) zur Schlichtung kommen. Ausgerichtet ist mit einem oder entlichen Richter zu besetzen, der zu 50% aus den Arbeitgeber- und Arbeitnehmer befreien. Für die Landesarbeitsgerichte und das Reichsgericht gilt dasselbe. Jedes Gericht kann in verschiedenen Kammern und das Reichsgericht in verschiedene Abteilungen eingeteilt werden. (Angestellten- und Arbeiterkammern.)

Die Errichtung und Aussicht der Arbeits- und Landesarbeitsgerichte erfolgt durch die Landesjustizverwaltung und die oberste Landesbehörde für die Sozialverwaltung. Dasselbe gilt beim Reichsarbeitsgericht für die zuständigen Reichsbehörden (Reichsarbeitsministerium und Reichsjustizministerium). Während die Arbeitsgerichte selbständige Gerichte sind, sind die Landesarbeitsgerichte den Landesgerichten beigeordnet, das Reichsarbeitsgericht dem Reichsgericht. Die Bevölkerung werden von der obersten Landesbehörde auf die Dauer von drei Jahren berufen. Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen haben hierzu Vorschlagslisten einzurichten. Jedes Gericht ist zuerst beim zuständigen Arbeitsgericht anhängig zu machen. Überstehtreit das Wettobjekt die Summe von 300 Mark über handelt es sich um grundbürgerliche und wichtige Entscheidungen, so kann gegen das Urteil des Arbeitsgerichts Berufung beim Landesarbeitsgericht eingerichtet werden, als letzte Instanz entscheidet das Reichsgericht endgültig. Alle Verfahren vor den Arbeitsgerichten sollen beschleunigt behandelt werden, auch während der sonst üblichen Gerichtsferien. Vor den Arbeitsgerichten sind Prozeßvollmächtigte, Rechtsanwälte und Rechtsvertreter, die das Verhandeln vor Gericht erwerbsmäßig betreiben, ausgeschlossen, zugelassen sind jedoch die Vertreter und Bevollmächtigten wirtschaftlicher Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände. Vor den Landesarbeitsgerichten und dem Reichsgericht ist eine Vertretung durch einen Rechtsanwalt notwendig. Die Kosten regeln sich nach dem Gerichtsstättengesetz. Besondere Bedingungen dienen der Auswahl und den Voraussetzungen für die Beauftragung der Bevölkerung. Die jetzt bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten angestellten hauptamtlichen Vorsitzenden und Beamte sollen zunächst von den Arbeitsgerichten übernommen werden. Den Städten, die bisher die Kosten für die Kaufmanns- und Gewerbe-gerichte tragen müssen, wird eine Entlastung gegeben, indem die Kosten der Arbeitsgerichte von den Ländern aufzubringen sind.

In ganz knapper Kurzform ist dies der Aufbau der Arbeitsgerichte, der in dem neuen Gesetzentwurf vorgelesen ist. Wir können den Entwurf und seine baldige Verabschiedung nur begrüßen. Vor allen Dingen ist wichtig, daß durch das Gesetz ja alle Arbeitsgerichte einheitliche Gerichte vorgesehen sind. Ein Mangel ist der, daß die Landesarbeitsgerichte und das Reichsgericht den ordentlichen Gerichten (Landgerichten, Reichsgericht) angegliedert werden sollen, anstatt selbständige Gerichte zu bilden wie es bei den Arbeitsgerichten vorgesehen ist. Es liegt an den Arbeitnehmern selbst, für ein gutes Wollen der neuen Gerichte Sorge zu tragen. Dies kann gelingen, indem sie den obersten Landesbehörden geeignete Vorschlagslisten für die Beauftragung der Bevölkerung einsenden.

Kleis (Weimar).

5. Bis zum Abschluß der Verhörmelzung zahlt der V.d.a.B. die selben Streitunterstützungen wie der SGB.
6. Die Verhörmelzungsverhandlungen sollen im Geiste größter Kameradschaftlichkeit geführt und schnell gefördert werden.
7. Den Kämpfern sowie der gesamten Bauarbeiterchaft ist sofort der Verhörmelzung Kenntnis zu geben, um ihren Kampfwillen zu steigern, und den Unternehmern den einheitlichen Kampfwillen zu zeigen.
8. Die Bedingungen der Verhörmelzung sind sofort dem V.d.a.B. zu übermitteln, damit dieser sie umgehend beraten und ratifizieren kann. Zugleich ist der V.d.a.B. bereit, noch zwei bewollmächtigte Kollegen zu entsenden.

In der Sitzung des Beirats referierte der stellvertretende Vorsitzende des Baugewerksbundes, Genoss Tengnitz, über die neue Gewerkschaftsstätte der Kommunisten und stellte fest, daß der Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter keine selbständige Körpermacht und nicht frei in seinen Entscheidungen, sondern eine Fiktion der Kommunistischen Partei ist. Der Sinn der Fiktion der Partei ist: Hinzu in die Gewerkschaften, um kommunistische Zellen und Fraktionen zu bilden, kommunistische Parteiarbeit zu betreiben, fortzuführen die „Reformisten“ und „Bürokraten“ zu verächtigen, zu wählen und zu holen, bis der einzelne Verein und schließlich die ganze Gewerkschaft als gefügiges Werkzeug der KPD verfallen ist. Diese Ziele wurden in einer aus dem letzten Parteitag der KPD vorgenommenen Ergänzung des Statuts ausdrücklich bestätigt.

In der Aussprache ergab sich völlige Übereinstimmung mit der Aussicht Bernards. Allseitig wurde erklärt, daß denen, die es eholt mit der Wiedervereinigung meinen, der Weg dazu gesäumt ist durch den Abschluß des Bundesrates vom Jahre 1924. Dieser sei sogar so weit gegangen, denen, die wieder zum Baugewerksbund kommen, mit dem aufrichtigen Willen zu ehrlicher Aufbauarbeit, sogar die frühere Mitgliedschaft im Baugewerksbund oder einem seiner Vorgänger anzurechnen. Die Konferenz kam zu dem Schluß, daß keine Veranlassung vorliegt, den ausgeschlossenen beförderten Zugländern für die Wiedervereinigung zu machen. Wer in ehrlicher Absicht zum Baugewerksbund kommen möchte, dem stehen die Tore des Bundes weit offen. — Befondere Bedenken wurden nicht geäußert, die Konferenz begnügte sich damit, die Meinung Bernards als die ihre zu erklären.

Internationale Fahrarbeiterkonferenz.

Wien, 30. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Am 27. Juli traten in Wien die internationales Fahrarbeiterverbände (Gruppe Chemie) zusammen, um sich mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen und dem Schutz der Arbeiter der chemischen Industrie vor schweren Gesundheitsstörungen zu beschäftigen. Aus Belgien, Dänemark, Deutschland, Holland, Norwegen, Österreich, Polen, Schweden und der Tschechoslowakei waren 22 Delegierte anwesend. Die Organisation der russischen chemischen Arbeiter hatte zwei Vertreter als Gäste entsendt. Die Verhandlungen führte Genosse Brey (Deutschland).

Über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der chemischen Industrie referierte Genosse Haupt (Deutschland). Er schilderte die Arbeitsmethoden in der chemischen Industrie, die teilweise recht schwere körperliche Anforderungen an die Arbeiter stellen, da selbst die Großbetriebe im allgemeinen technisch nicht auf der Höhe sind. In den Klein- und Mittelbetrieben sieht es noch viel schlimmer aus. Dazu kommen die schweren gesundheitlichen Gefahren, die besonders an den Karbid-Öfen sehr groß sind, hier auch bei einer Hitze von 3000 Grad noch Handarbeit geleistet werden. In der chemischen Industrie Europas sind ca. 700 000 Arbeiter beschäftigt, davon allein 425 000 in Deutschland. Nur in wenigen Ländern sind die Arbeitsverhältnisse tatsächlich geregelt. In Deutschland ist die gesamte chemische Industrie tatsächlich erfaßt. Aber in fast allen Ländern sind auch zum Teil sehr weitgehende Zusagen zulässig. Die kommunistische Zeitungswart hat leider die organisierte Kraft der Arbeiter so geschmäht, daß fast überall erhebliche Verschlechterungen in Bezug auf die Arbeitszeit eingetreten sind. Die Arbeitszeit ist recht unterschiedlich geregelt. Das Arbeitsjahr ist ebenso gerade die chemische Industrie dafür sehr ungeeignet ist, sehr verbreitet.

In der Diskussion solidarisierten die Vertreter der verschiedenen Länder, die bei ihnen bestehenden Arbeitsverhältnisse, insbesondere die Russen, ein äußerst günstiges Bild von den russischen Arbeitsverhältnissen geben. Ihre Ausführungen wurden allerdings mit großer Zweifel aufgenommen. Eine einstimmig angenommene Entschließung veröffentlicht alle Organisationen, mit großer Kraft für die Wiedereröffnung des Betriebstages, für ausreichende Entlohnung und Löhnen, für gesetzliche Renten und eine wöchentlich mindestens sechzehn Stunden eintreffende.

Über die Gesundheitsgesetze in der chemischen Industrie erläuterte am zweiten Versammlungstage ebenfalls Genosse Haupt (Deutschland). Er sprach die Notwendigkeit durch gesetzliche Maßnahmen auch in allen

trieben den Arbeiterschutz zur Geltung zu bringen, in denen die neueren technischen Errungenschaften noch nicht eingeführt sind. In den technisch gut eingerichteten Unternehmen sind die Maßnahmen für die Gesundheit der Arbeiter schon stark eingeführt. Der Gesundheitskomplex findet nun in zwei Teile. Einmal unterscheidet sich um plötzliche Ereignisse, die auch in anderen Betrieben eintreten können und daher für die chemische Industrie nicht typisch sind. Die typischen Gefahren der chemischen Industrie ergeben sich aus Handlungen, bei denen Staub, Gas und Dämpfe entstehen, die in den menschlichen Organismus eindringen und ihn vorübergehend oder dauernd schädigen. Der Rosteni ging dann auf die einzelnen Stoffe der chemischen Industrie ein, bei deren Verarbeitung sich die größten gesundheitlichen Nachteile für die Arbeiter ergeben, erläuterte die daraus entstehenden typischen Gesundheitsbedrohungen, die sich in Nerven-, Rüdern- und Gehirnkrankeiten äußern und möglicherweise zu Neuritis führen. Im Hinblick auf diese Gefahren muß für die chemische Industrie die Anwendung der besten zur Verfügung stehenden Technik, die viele Gefahren ausschließt, und die strenge Überwachung durch die Behörden gefordert werden.

Im Anschluß an das Referat wurde eine Entschließung angenommen, in der der Erfolg von Schulbesuch im Rahmen, die zwangsweise Einführung bestimmter Tagesschichtzeiten, die Überwachung der Sozialversicherungen unter Führung von Betriebsräten der Arbeiterschaft, Belehrung der Arbeiter über die Gesundheitsgefahren, die gefährliche Tätigkeit eines Tagesschichtes von acht Stunden für gefährliche Arbeitsstellen eine längere Arbeitsdauer, ein Verbot der Abend- und Prämatenarbeit an gefährlichen Produktionsstellen, das Verbot der Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen bei der Verarbeitung und Herstellung giftiger Stoffe, eine periodische ärztliche Untersuchung der Arbeitnehmer und andere notwendige Schutzmaßnahmen gefordert werden. — Mit einem Hoch auf die Internationale wurde die Konferenz geschlossen.

Streik in der schlesischen Sandsteinindustrie.

Die vom Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands (Gau II, Liegnitz), mit dem Verband deutscher Werksteinbetriebe e. V. besiegeln, über die Wahlverschiebung ab 1. August für sämtliche in der schlesischen Sandsteinindustrie beschäftigten Arbeiter geführten Verhandlungen erbrachten keine Einigung. Ein Schiedspruch des Kreislauber Schlichtungsausschusses der ab 1. August 12 Prozent, ab 1. September 15 Prozent der bisherigen Löhne vorstellt, wurde von 39 Prozent aller beteiligten Arbeiter abgelehnt. Mit gleichem Stimmenzahl ist die Arbeiterverschiebung ab 1. August beschlossen worden. Die unter außerordentlich gesundheitsgefährdeten Bedingungen leidenden Steinarbeiter sind entschlossen, sich ein Rohe zu erkämpfen, das den täglich steigenden Preisen, und der durch die bürgerliche Parlamentsmehrheit gecharakterisierten indirekten Nebenkosten der Arbeiterschaft einigermaßen entspricht.

Alles auf Bauten beschäftigten Arbeitern ergeht die Auflösung zur Solidarität. Jede eventuell vor kommende oder verlangte Steinknechtarbeit ist zu verweigern. Vor Zugang von Steinmetzen, Brechern, Böllerern und Hilfsarbeitern in die betreffenden Betriebe ganz Schlesiens wird dringend gewarnt. In Frage kommen hauptsächlich der Bezirk Banzlau-Löwendorf und die Heidecker.

Arbeiterfreundliche Blätter werden am Nachende gedruckt. Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands, Gau II, Liegnitz.

Wirtschaft.

Deutsche Juden unterbreiten die Preise der Reparationskohle in Frankreich.

Paris, 3. August. (Eigener Drahtbericht.) Ein von den französischen Regierung erlassenes Einfuhrverbot für deutsche Kohle soll nach der „Aline“ seinen Grund darin haben, daß deutsche Arbeitnehmer verachtet werden, durch Angebot von Kohle auf freiem Markt und zu Preisen, die erheblich unter den von der französischen Regierung für Reparationskohle zu zahlenden liegen, den Tarifvertrag zu durchbrechen. Die in der Verordnung vorgezeichneten Maßnahmen von dem Einfuhrverbot würden von der französischen Regierung ohne weiteres bewilligt werden, wenn der französische Besteller sich verpflichtet, den Preis für die von ihm im freien Handel bezogene Kohle nicht an den durchschnittlichen Lieferanten, sondern an die französische Regierung abzuliefern, die diese Eingänge mit dem Transfer-Komitee vertreten würde.

Wie wir dazu erfahren, haben deutsche Juden tatsächlich in den letzten Wochen größere Mengen Kohlen zum Preis von 19,50 pro Tonne im freien Handel nach Frankreich abgelegt, während der Preis, den die französische Regierung nach den getroffenen Vereinbarungen für Reparationskohle zu zahlen hat, 24 Mark pro Tonne beträgt. — Die Inlandspreise für Kohle, die der deutsche Verbraucher zahlen müßte, waren ebenfalls sehr viel höher.

Konzerndämmerung.

Abstürzungen bei Siegel, Sieche, Silvas.

Unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise scheint die Konzernbildung in Deutschland ein etwas schnelleres Tempo einzuschlagen zu wollen. Dabei scheint man zur Auflösung von Konzernen, andererseits sucht man Verbindung mit ausländischen Konzernen. So hat z. B. der Julius Siegel-Konzern die Aktiengesellschaft für Industriewerke in Luzern, die Schweizer Spiegelgesellschaft des Konzerns, kurzhand aufgelöst. Die im Reichstag wegen ihrer falschen Steuererklärung angeprangerte Bergwerksgesellschaft Georg von Sieges-Eckern, die nach einer Zeit in Zahlungsschwierigkeiten geriet, hat für einen Teil ihres Bestandes Verbindung mit dem amerikanischen Harriman-Trust gefunden. Weiter hat sich der Sieges-Harriman-Trust entzweit, seine Oelinteressen zu verkaufen. So soll das europäische Oelkontor verkauft oder liquidiert werden.

Im Süddeutschen Raum ist die Goldschmiede über die Metallische Drahtindustrie Aktiengesellschaft in St. Louis dem Kreisfeld neu. Die Drahtindustrie A.G. gehörte erst seit kurzem dem Stammkonzern an.

Arbeiterausbeutung in Brasilien.

Eine Ausbeutung der Arbeiterschaft, die an die Gründung der Brüderkirche erinnert, ist nicht nur in China nachweisbar, sondern auch in den brasilianischen Städten. In São Paulo, wo 25 Prozent der Bevölkerung das Leben und seinen Unterhalt und zum Wohlstand ausgeschloßen haben, ist die Einwanderung einer Masse von Arbeitern aus Südostasien und Afrika, die ausgesetzt sind, die Ausbeutung der Arbeiterschaft. In São Paulo sind 6. Lebensjahre am Stück und jährlich werden 10 bis 15 Stunden arbeiten. In der Textilfabrik von São Paulo werden 14 bis 16 bis 18 Stunden Arbeit. Durch die sozialen Abrechnungen ist einen Mann für den Tag 10 bis 12 Stunden Arbeitserbringung mit, mit dem dreifachen Verdienst.

